

DIE RUNDFRAGE ÜBER DIE SCHICKSALE DER SAARLÄNDISCHEN GEMEINDEN UND IHRER BEVÖLKERUNG IM ZWEITEN WELTKRIEG

HANS-WALTER HERRMANN

Das Saarland, vornehmlich seine auf dem linken Saarufer gelegenen Teile, gehört zu den wenigen Gebieten des ehemaligen Deutschen Reiches, die im Zweiten Weltkrieg von den ersten Septembertagen des Jahres 1939 bis zum Sommer 1940 und dann wieder von Herbst 1944 bis Frühjahr 1945 Schauplatz eines Stellungskrieges waren und deren Bevölkerung teilweise in das Reichsinnere evakuiert worden war.

In den frühen Nachkriegsjahren ergab sich, dass einschlägiges Schriftgut über Kampfhandlungen und über die Evakuierung der Zivilbevölkerung aus den tatsächlichen oder eventuellen Kampfzonen durch direkte Kriegseinwirkung vernichtet war, anderes von den Besatzungsmächten beschlagnahmt, anderes wiederum seitens der Wehrmacht, der NSDAP und deutscher Zivilverwaltungen vor dem Zugriff der Besatzungsmacht verbrannt worden war. Ob überhaupt und/oder wann historisch aussagekräftiges Schriftgut deutscher Provenienz in alliierter Gewahrsam deutscher Forschung zugänglich würde, war in den frühen Nachkriegsjahren unbestimmt.

Bei dieser Sachlage unternahm die Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung im Jahr 1955, drei Jahre nach ihrer Gründung durch die Regierung des Saarlandes und ein Jahrzehnt nach Kriegsende, also zu einem Zeitpunkt, als bei vielen Ortsansässigen das Erleben des Krieges und seiner Wirkung auf ihre Umwelt noch lebendig war, den Versuch, Lücken im Quellengut durch Befragung von Zeitzeugen teilweise zu schließen, indem sie einen detaillierten vierseitigen Fragebogen¹ mit 65 Fragen über Befestigungen, Erdkämpfe, Luftangriffe, Kriegschäden, Lager (siehe Anlage) in alle Orte des Saarlandes versandte. Um einen Maßstab zur Bewertung, eventuell auch zur Vervollständigung der einzelnen Beantwortung zu haben, wurden in jeder Gemeinde die kommunale Verwaltungsspitze (Bürgermeister, Ortsvorsteher) und die Schulleiter angeschrieben, letztere deshalb, weil in den fünfziger Jahren in der Lehrerschaft, vornehmlich der Volksschulen, mehr Interesse an ortsgeschichtlichen Belangen als heute bestand, nicht zuletzt wegen des Unterrichtsfaches „Heimatkunde“.

So wurden Mitte Juli 1955 937 Fragebogen über die Landratsämter und Kreis schulämter verschickt und als Rücksendetermin der 1. Oktober 1955 angesetzt. Der Rücklauf zog sich jedoch viel länger hin als erwartet. Nicht wenige Bürgermeister und Ortsvorsteher baten um Aufschub bis nach dem Referendum (23. Oktober 1955). Manche Schulleiter wollten vor der Beantwortung eine Befragung der Ortsbevölkerung vornehmen. In Landwirtschaft treibenden Gemeinden blieb in den Erntemonaten August, September und Oktober wenig Zeit für solche Erhebungen. Einige Schulleiter, vornehmlich in den Städten, teilten mit, dass größere Teile ihres Lehrkörpers während des Krieges in einer anderen Gemeinde ansässig gewesen

¹ Kurzer Bericht von Hans-Walter HERRMANN, Zehn Jahre Kommission für Saarländische Landesgeschichte, in: Saarbrücker Hefte 16 (1962) S. 71-76, zum Fragebogen S. 74.